

1 **Antrag A 1**  
2 **zur 16. Landesdelegiertenversammlung**  
3 **Antragsteller: Landesvorstand**



4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5 **MIT-Dialog-Papier**

6 **Vertrauen gewinnen und (dann) mehr Europa wagen –**

7 **Die europapolitische Positionierung der MIT NRW**

8 Ohne Europäischen Binnenmarkt kein starker Mittelstand. Seit Jahrzehnten profitieren  
9 unsere Unternehmen von offenen Grenzen und stabiler Währung. Selbst in Zeiten  
10 unsicherer Finanzmärkte und der Schuldenkrise südeuropäischer Staaten zeigt sich  
11 Deutschlands Mittelstand in guter Verfassung. Doch diese Sicherheit ist durch hohe  
12 deutsche Haftungsrisiken derzeit nur scheinbar stabil. Soll die europäische  
13 Staatengemeinschaft nachhaltig gesunden, müssen mehr Reformen durchgesetzt werden.  
14 Europas Staaten müssen untereinander Vertrauen zurück gewinnen. Die Europäische  
15 Union braucht eine Phase der kreativen Konsolidierung.

16 Der Abbau von Staatsdefiziten, Lohnzurückhaltung und breit angelegte Liberalisierungen  
17 stärken sukzessive die Produktivitätskennziffern und damit die Wettbewerbsfähigkeit der  
18 Krisenstaaten. Die Rettungspolitik erfordert jedoch einen langen Atem und muss durch  
19 weitere Instrumente flankiert werden. Nationale Schuldenbremsen (EU-Fiskalpakt),  
20 strengere Defizitverfahren und stärkere Durchgriffsrechte für die Kommission sowie eine  
21 gemeinsame Bankenaufsicht konnten Rat und EU-Parlament bereits durchsetzen. Dieser  
22 Weg ist richtig und muss durchgehalten werden. Allerdings geben weiter gehende  
23 Vorschläge der Brüsseler Institutionen Anlass zur Sorge: Gegen Auflagen sollen  
24 gemeinsame Staatsanleihen (Eurobonds) und Schuldentilgungsfonds der Wirtschafts- und  
25 Währungsunion das notwendige Gewicht auf den Finanzmärkten geben. Die Kommission  
26 möchte zudem eine gemeinsame Einlagensicherung aller europäischen Banken erreichen.

27 Das hieße, die Schuldenlage zu missbrauchen, um mehr Europäische Integration zu  
28 erreichen. Diese Vergemeinschaftung von Schulden und Haftung würde den Krisenstaaten  
29 ermöglichen an die Fehler der Vergangenheit anzuknüpfen. Das süße Gift des

30 Schuldenmachens wäre wieder in Reichweite und könnte den Reformdruck nehmen. Der  
31 Steuerzahler müsste immer größere Haftungsrisiken übernehmen und die Banken wären  
32 zulasten der Sparer vom Risiko freigestellt.

33 Zwar soll es etwa einen Altschuldentilgungsfonds nur gegen Auflagen und bei  
34 entsprechender Bewährung geben. Wer garantiert aber für die Zukunft, dass die  
35 Bedingungen für Eurobonds und Schuldentilgungsfonds vorher (!) auch erfüllt werden?  
36 Nicht nur der Europäische Rat und die Nationalstaaten (auch Deutschland!), auch die EU-  
37 Kommission und das Europaparlament haben bei all diesen Themen wiederholt anstelle  
38 der Durchsetzung vereinbarter europäischer Regeln mit fragwürdigen Kompromissen die  
39 europäische Stabilitätsvorgaben durchlöchert. Deshalb lehnen wir alle Vorschläge, die auf  
40 eine weitere Vergemeinschaftung von Schulden hinauslaufen, ab. Auf dem Weg in die  
41 "echte" Wirtschafts- und Währungsunion müssen Reformen der Schuldenstaaten zunächst  
42 unumkehrbar greifen. Das Vertrauen untereinander muss zurück gewonnen werden.

#### 43 **Währung festigen: Reformen anstatt Schuldensozialismus**

44 Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen stellt fest,

45 A. dass der deutsche Mittelstand vom Europäischen Binnenmarkt, der  
46 Gemeinschaftswährung und den sicheren politischen Rahmenbedingungen seit  
47 vielen Jahren in hohem Maß profitiert;

48 B. dass angesichts der Verwerfungen auf den globalen Finanzmärkten Europa seinen  
49 weltweiten Einfluss nur halten kann, wenn es stärker als politische Einheit auftritt;

50 C. dass die europäische Politik nur glaubwürdig und stark ist, wenn sie an den eigenen  
51 Kriterien für Währungsstabilität, Schuldenbegrenzung und EU-Beitrittsreife festhält  
52 und diese durchsetzt;

53 D. dass der EU-Fiskalvertrag zusammen mit dem gehärteten Stabilitäts- und  
54 Wachstumspakt und den ESM-Auflagen die Europäische Union weniger anfällig  
55 gegen nationale Schuldenexzesse macht; dass jedoch vorgesehene Sanktionen  
56 gegen ordnungs- und haushaltspolitisches Fehlverhalten der Mitgliedstaaten

57 unzureichend angewandt werden;

58 E. dass die mit den EU-Rettungsgeldern verbundenen Auflagen wichtige  
59 Reformerfolge (Lohnzurückhaltung, Arbeitsproduktivität, Liberalisierungen) in den  
60 südeuropäischen Ländern nach sich ziehen, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit der  
61 Krisenländer sich deutlich steigert;

62 F. dass die Reformerfolge und die EZB-Zinspolitik sich noch nicht ausreichend auf die  
63 Finanzierungs- und Kreditkosten der Kreditnehmer niederschlagen;

64 G. dass sich die EZB von ihrem unabhängigen geldpolitischen Auftrag entfernt und  
65 zunehmend in die Rolle des Staatsfinanzierers und Bankenretters gerät;

66 H. dass die Unabhängigkeit einer Europäischen Zentralbank mit geldpolitischem  
67 Auftrag für die Stabilität der Finanz- und Marktwirtschaft der Europäischen Union  
68 unerlässlich ist.

69 Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen

70 1. fordert, dass die Staats- und Regierungschefs der Eurozone auf den auf  
71 Einstimmigkeit und Sperrminoritäten basierenden ESM-Regeln bestehen und die  
72 Zusagen des Fiskalpaktes einfordern. Zugesagte Reformen müssen unumkehrbar  
73 Früchte tragen und nationale Schuldenbremsen die gewünschten Politikergebnisse  
74 bringen;

75 2. fordert eine Fortsetzung der Reformpolitik in den Krisenstaaten. Auf dem Weg in die  
76 "echte" Wirtschafts- und Währungsunion muss zuvor Vertrauen zurück gewonnen  
77 werden;

78 3. sieht die nach wie vor hohen Kreditkosten für unternehmerische Investitionen in den  
79 Krisenländern kritisch; fordert ein schlagkräftiges Bürgschaftsprogramm speziell zur  
80 Absicherung von KMU-Krediten durch die Europäischen Investitionsbank;

81 4. lehnt eine Vergemeinschaftung der Schulden (Eurobonds, Altschuldentilgungsfonds,  
82 gemeinsame Einlagensicherungen) ab, da so Anreize für nationalstaatliche

83 Haushaltsdisziplin verloren gingen und Mitgliedsstaaten mit solider Haushaltspolitik  
84 bestraft würden;

85 5. fordert als Bestandteil des Euro-Rettungspaktes eine Regelung, die für betroffene  
86 Staaten, die ohne wirksame Reformanstrengungen bleiben, eine zeitweise  
87 Rückstufung in vorherige Phasen der Währungsunion ermöglicht und geordnete,  
88 maßgeschneiderte Umschuldungsoptionen (Insolvenzrecht für Staaten) vorsieht;

89 6. fordert für die EU-Kommission im Falle der Verletzung gemeinsamer europäischer  
90 Regeln eine wirksame eigene Geltendmachungskompetenz beim EuGH. Dies muss  
91 im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) festgesetzt  
92 werden. Zudem sollte der Kommission ein Vetorecht bei Regelverstößen und ein  
93 Zurückweisungsrecht für nationale Haushalte eingeräumt werden, die gegen  
94 Stabilitätskriterien verstoßen;

95 7. fordert, dass der Aufkauf von Staatsanleihen verschuldeter Europäischer  
96 Mitgliedsstaaten durch die Europäische Zentralbank mit Hinblick auf akute  
97 Staatskrisen lediglich eine überbrückende Funktion haben darf und die absolute  
98 Ausnahme bleiben muss;

99 8. lehnt einen ESM mit Bankenlizenz (vorher gekaufte Staatsanleihen an EZB  
100 abtreten) ebenso wie die EZB entschieden ab;

101 9. kritisiert, dass die Staaten, die die Lasten der Eurorettung vornehmlich tragen, in  
102 den Entscheidungsgremien der EZB nicht den Einfluss haben, den ihre Anteile an  
103 Bevölkerung und Wirtschaftskraft rechtfertigen würden; lehnt ein Rotationsprinzip in  
104 den Entscheidungsgremien entschieden ab; fordert stattdessen dauerhaft mehr  
105 Stimmgewichte für die größten Anteilseigner entsprechend dem Vorbild des  
106 Internationalen Währungsfonds.

107 10. fordert, dass in Zukunft eine klare Trennlinie zwischen Geld- und Finanzpolitik  
108 eingehalten wird, damit die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank  
109 gewährleistet ist;

110 11. fordert auch für die Bankenaufsicht eine klare Trennung zu den geld- und

111 finanzpolitischen Entscheidungsstrukturen der EZB; fordert, die Bankenaufsicht auf  
112 systemrelevante Banken zu beschränken; lehnt EU-Vorgaben für die  
113 Haftungsverbünde der Sparkassen und Volksbanken ab.

114 **Subsidiarität wahren: Europäischer Normenkontrollrat und nationale**  
115 **Subsidiaritätsrüge**

116 Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen stellt fest,

117 A) dass regelmäßige Kompetenzüberschreitungen durch EU-Kommission und  
118 Europaparlament die Regionen und Wirtschaft verunsichern. Kleinteilige  
119 Richtlinieninitiativen (Duschköpfe, Dieselsteuer, Saatgut, Bodenschutz, CSR uvm.)  
120 der Europäischen Kommission bedrohen die Akzeptanz Europas bei den  
121 Bürgerinnen und Bürgern;

122 B) dass Interventionen der Kommission mit Forderungen beispielsweise nach  
123 europaweiten Frauenquoten, Mindestlöhnen, europäischen Regelungen für  
124 Rentensysteme oder für berufliche Zugangs- und Qualifizierungssysteme (z.B.  
125 Abschaffung der Meisterpflicht) nicht hinnehmbar sind;

126 C) dass die Subsidiaritätskontrolle der Nationalstaaten kaum koordiniert geschweige  
127 denn organisiert ist. Der Widerstand aus dem Europaparlament ist begrenzt, sind  
128 es doch mit Klima-, Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutz in der Regel Themen,  
129 die populär genug sind, um unbequemen Subsidiaritätsfragen auszuweichen.

130 Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen

131 1. fordert, dass die EU sich auf die großen Aufgaben konzentriert. Die  
132 europäischen Institutionen müssen lernen, sich selbst zu begrenzen. Nicht alles,  
133 was zu regeln ist, muss europäisch geregelt werden. Hier müssen wir zu einem  
134 Kurs des Maßes und der Mitte zurückkehren;

135 2. fordert insbesondere in den Bereichen der Sozial- und Umweltgesetzgebung

- 136 eine Überprüfung der europäischen Zuständigkeiten und gegebenenfalls die  
137 Rückverlagerung auf mitgliedstaatliche Ebene;
- 138 3. fordert Bundesregierung und Bundestag auf, das Instrument der  
139 Subsidiaritätsrüge stärker zu nutzen und dafür Kapazitäten bereit zu stellen;
- 140 4. fordert auf europäischer Ebene die Schaffung eines unabhängigen EU-  
141 Normenkontrollrates, der bisherige Zuständigkeiten der EU überprüft und in  
142 einem Frühwarnverfahren Kompetenzüberschreitungen der EU-Kommission  
143 verhindert;
- 144 5. fordert die Schaffung einer Subsidiaritätskammer beim Europäischen  
145 Gerichtshof, die für Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten und  
146 EU zuständig ist und aus den Präsidenten der nationalen Verfassungsgerichte  
147 besteht;
- 148 6. fordert, die Zahl der EU-Kommissare deutlich zu reduzieren. Die EU-  
149 Kommission muss ferner den Ressortegoismus von Kommissaren und  
150 Generaldirektionen überwinden und eine vorbehaltlose Überprüfung des  
151 gesamten bürokratischen Regelwerkes nach dem Vorbild der Stoiber-  
152 Kommission angehen.

## 153 **Ein gefestigtes Europa als Global Player**

154 Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen stellt fest,

- 155 A) dass eine zu großzügige Aufnahme von Ländern in die Union und in die  
156 Eurozone zu den heutigen Stabilitätsproblemen beigetragen hat und in Zukunft  
157 beitragen würde;
- 158 B) dass die europäische Staatengemeinschaft in wichtigen außenpolitischen  
159 Fragen nicht mit einer Stimme spricht und dadurch ihr internationales Gewicht  
160 schwächt;

161 C) dass die europäischen Institutionen für unzählige Einzelthemen Verantwortung  
162 tragen wollen, die Bürger und die Wirtschaft in der rasant fortschreitenden  
163 Globalisierung mehr Europa aber vor allem dort erwarten, wo einzelne  
164 Mitgliedstaaten keine ausreichende nationale Antwort mehr haben.

165 Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen

166 1. lehnt EU-Erweiterungen über den Beitritt Kroatiens hinaus in absehbarer Zeit ab. Die  
167 Aufnahme in die EU und in die Eurozone muss strengeren Kriterien standhalten  
168 können. Europa braucht eine Atempause. Europa muss seine inhaltlichen und seine  
169 geographischen Grenzen definieren, wenn es nicht handlungsunfähig sein will;

170 2. fordert eine Reform der europäischen Nachbarschaftspolitik. Nicht jedes  
171 Nachbarland muss Mitglied der EU werden; verschiedenste Kooperationsformen bis  
172 hin zum gemeinsamen Markt mit gemeinsam verantworteten Politikfeldern sind  
173 denkbar, jedoch ohne die Teilnahme der Nachbarstaaten an den gemeinsamen  
174 Institutionen. Der EWR kann dafür Vorbild sein. Dies könnte auch ein Weg z.B. für  
175 die Türkei, die Ukraine und einzelne Staaten in Nordafrika sein;

176 3. fordert mehr Europa in der Außenpolitik. Einzelstaatliche Botschaften von EU-  
177 Mitgliedsländern sind nicht immer zwingend notwendig. Mehr gemeinsame  
178 Auslandsvertretungen der EU-Mitgliedsländer erhöhen die Sichtbarkeit Europas im  
179 Ausland; auch eine neue Initiative in Richtung der europäischen  
180 Verteidigungsgemeinschaft ist notwendig;

181 4. fordert mehr europäische Gesetzgebungskompetenz und Vertretungsrechte in  
182 Fragen der Energie- und Rohstoffsicherheit, des internationalen Umweltschutzes,  
183 der Entwicklungshilfe sowie in der Terrorbekämpfung und der Sicherheitspolitik.

184 **Votum der Antragskommission: Annahme in der geänderten Fassung mit Stand vom**  
185 **19.08.2013**